

Sozialismus

EINE

GEGENWARTSAUFGABE

DR. SCHUMACHER

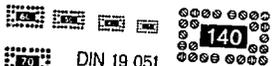
AUF DEM PARTEITAG DER SOZIALDEMO-
KRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

IN BREMEN

A 97 - 04679

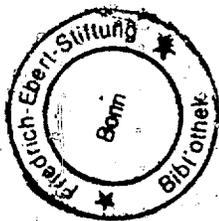
Verlagsgesellschaft der Sozialistische Kundgebung
Sozialistische Partei Deutschlands

Preis 50 Pfg.



Wir leben jetzt in einer Periode des Übergangs, in einer Periode, in der sich noch kein fester Tatbestand gestaltet hat, und solange dieser Zustand andauert, würden Programme sinnlos sein. Man kann dem Leben nicht mit dem Dogma befehlen, man muß die Lehren aus dem Leben nehmen. Man kann einen sittlich und wissenschaftlich fundierten Wunsch haben, aber man muß sich stets mit den Realitäten auseinandersetzen. Wir haben darum, und das sehen Sie in ihren Vorlagen, kein eigentlich neues Parteiprogramm entworfen, wir haben Ihnen nur eine Manifestation, eine Kundgebung vorgelegt, die Ihnen die Tendenz unserer Politik zeigen soll, und die die Öffentlichkeit über das aufklären soll, was wir wollen. Es gibt vielleicht Leute, die erstaunt darüber sind, daß sie noch nicht so bedient werden, als wenn ein 60 Jahre lang amtierender Parteivorstand da wäre. Aber Genossen, vor einem Jahr sind wir aus dem Nichts entstanden und nicht so, wie wir heute beieinander sitzen, sondern als einzelne Männer und Frauen in den einzelnen Städten. Wir wollen also darum Ihnen auch nicht für die einzelnen Fragen fertige Aktionsprogramme vorlegen. Ein Aktionsprogramm, das heute die Gesamtheit der Fragen lösen sollte, wäre ein Wunsch. Wir haben über einzelne Fragen Ihnen Richtlinien zukommen lassen. Die Richtlinien sehen in die allernächste Zukunft, und die Dinge, die uns bewegen, sollen heute und morgen in offener Aussprache zwischen uns diskutiert werden. Die Diskussion ist also noch im Fluß, aber ich glaube sagen zu können, die Richtung unseres Willens ist klar und unerschütterlich. Wir brauchen konkrete Vorschläge der Hilfeleistung im täglichen Leben. Es gibt kein Programm, das uns sagen kann, wie unter den besonderen Verhältnissen eines Krieges oder einer Gemeinde eine akute Notlage gelöst werden kann. Genossinnen und Genossen, ich möchte Sie bitten, den Geist unserer Partei hinauszutragen, den Geist der Selbständigkeit und der freien Entscheidung gegenüber Zuständen, die zentral gar nicht überblickt werden können. Die sozialistische Gestaltung des täglichen Lebens in all seinen Erscheinungsformen ist also eine Aufgabe, der sich jeder tätige Funktionär zu unterziehen hat. Aber Genossen, es fehlen uns ja tatsächlich nicht nur politische Programme, es fehlt uns ja die allererste Voraussetzung für ein endgültiges Programm, nämlich das Wissen darum, wie unser Land einmal aussehen soll. Wir wissen nicht, welche Reparationen wir zu leisten haben, wir wissen nicht, welche ökonomischen Kräfte wir entwickeln dürfen, wir wissen nicht, wie die Grenzen aussehen, und wir kennen auch nicht den moralisch-politischen Standort, den die Siegermächte uns zuweisen.

Trotzdem hat ja jeder von uns von dieser ausgewählten Mitgliedschaft heute seine Auffassung über die Probleme und den Weg zu ihrer Lösung. Jeder von uns weiß, daß die heutigen Eigentumsverhältnisse in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Kräften und Not-



97 - 04679

wendigkeiten stehen. Und wenn wir diesen Zustand der Diskrepanz zwischen dem Tatsächlichen und dem Notwendigen tatenlos weiterbestehen lassen wollten, dann wäre das über kurz oder lang für uns arbeitendes Volk der Tod. Wir haben in den Diskussionen am 5. und 6. Oktober v. J. vielleicht programmatischer gesprochen und diskutiert, als wir es heute wohl tun müssen. Denn diese Diskussionen entstammen noch einer Zeit, wo jeder suchte, welche Methode die beste sein wird. Aber in der Zwischenzeit sind sieben Monate vergangen. Jetzt handelt es sich nicht allein mehr um das Suchen nach der besten Methode, jetzt sind die aktuellen Probleme an uns herangetreten. Jetzt stehen wir vor der Frage, Tatsachen zu meistern und nicht nur Ideen zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt führen Sie bitte Ihre Debatte aus.

Das Gesicht Deutschlands formt die Partei

Die Lösungen werden auf sich warten lassen. Wir kennen weder die Kompetenz noch die Zusammensetzung der Regierungen der Länder und Provinzen. Wir sind bisher ja eigentlich im grundsätzlichen noch Funktionen der Politik der Besatzungsbehörde. Aber wir wollen selbständige Akteure sein. Das entscheidende Wort in Deutschland spricht heute noch die Verwaltung, die Administration. Das Gesicht der Zukunft Deutschlands formt aber ein anderes Subjekt, ein Jemand, der selbständig handeln will, und das ist die politische Partei. Diese deutschen Subjekte sind verantwortlich dafür, wie die deutsche Zukunft aussehen wird. Und sie sind nicht nur unserem Lande verantwortlich, sie sind Europa und der Welt verantwortlich. Wir haben eine schwere Aufgabe, die so groß ist, daß die Welt sie vielleicht noch nicht in vollem Umfange erkennt. Wir haben es mit einem Volke zu tun, bei dem ein großer Teil noch nicht in das Stadium der Selbstbestimmung und der inneren Einkehr eingetreten ist. Und Genossen, wir haben es mit einem Volke zu tun, das in seinen Träumen zu einem Teil eigentlich mehr darüber trauert, daß dieser Krieg verloren ging, als daß es darüber trauerte, daß dieser Krieg möglich war und durchgeführt wurde. Und wir haben es mit einem Volke zu tun, das zwar eine große Geschichte des Geistes und der Kultur hat, aber dessen politische Geschichte eigentlich die Geschichte der militärischen Siege des Fürstentums und der Herrschaft gewesen ist. Politisch gesehen steckt in vielen Deutschen noch so ein Stück vom alten Preußentum, und ich glaube, in manchen Süddeutschen steckt mehr Preußentum als in manchen Norddeutschen. Und wir haben heute auch noch eine Art, als Untertanen zu fühlen und zu denken, die einfach unmöglich ist. Genossen, ein sozialdemokratischer Funktionär, der mit einem englischen, amerikanischen oder französischen Militär-Regierungs-Offizier spricht und der bei aller Anständigkeit und Noblesse der Form, bei aller notwendigen Zurückhaltung, die einem Angehörigen eines besiegten Volkes geziemt, nicht doch den Mut hat, dasselbe selber zu sagen, was er auch in der Parteiversammlung sagt, ein solcher Funktionär gehört nicht zu uns.

Wir haben manches Wort der Kritik an unserem Volke gesprochen. Lassen Sie mich auch ein Wort der Anerkennung sprechen. Wenn jemand von draußen nach Deutschland kommt, dann erlebt er sicher, wenn er fühlen kann und wenn er Fingerspitzengefühl hat, wenn er seelisch in den anderen eindringen kann, das eine große Wunder, daß nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen innerlich anständig geblieben sind. Und er erlebt das andere Wunder, daß beim Kampf, anständig zu sein auch Tapferkeit gezeigt wird. Letzten Endes hat auch

der kleinste Mann in seiner Lebenshaltung, in seiner persönlichen Moral, in seiner Lebensführung, in der Art, wie er für seine Familie sorgt, eine Leistung gezeigt, Genossen, die so groß ist, daß wir für diesen Vorteil die Konkurrenz keines Landes zu fürchten brauchen.

Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen. Einmal wissen ja die Kritiker am Marxismus gar nicht, wer Marx ist. Zweitens haben aber die östlichen Entwicklungs- und Entartungsformen des Marxismus gar nichts mit dem zu tun, was die deutsche Sozialdemokratie aus und mit Marx macht. Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Überaltertes, weil er durch die Realitäten ja wirklich bejaht wird. Ich erkenne aber gern an, daß er nicht eine ausschließliche Begründung des Sozialismus ist, auf die jeder Sozialdemokrat hören muß, ich gebe jedem Sozialdemokraten gern das Recht, aus anderen Motiven und mit anderen Argumentationen vom Philosophischen über das Ethische zum Religiösen her seinen Sozialdemokratismus zu begründen. Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben.

Wer steht zu uns?

Wie immer wird die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeitenden aller Länder sein. Aber wir brauchen nicht die Klassengrenzen so eng zu ziehen. Wir wissen, daß zu uns, zu den Arbeitenden alle Menschen gehören, die nicht mit den Mitteln der kapitalistischen Ausbeutung arbeiten. Zu uns gehört der geistige und kulturelle, zu uns gehört der kleine und mittlere Besitz, zu uns gehören alle diejenigen, die in einem Gegensatz zu den Eigentümern der großen Produktionsmittel gehen. Viele Genossen und Genossinnen, das lassen Sie mich offen sagen, sind auch froh über jeden großen Geist und jeden Träger der Kultur, der aus fremden Spähren zu uns stößt. Wir begrüßen auch jeden, der aus einer ganz anderen sozialen Klassenlage zu uns kommt. Er soll bei uns gleichberechtigt und gleichgeachtet sein. Aber im tiefsten, Genossen, ist und bleibt die Sozialdemokratie die Partei der armen Leute. In den politischen Parteien, wie sie sich jetzt herausbilden, sind gar zu viele Kräfte des bloßen Traditionalismus lebendig. Es ist beinahe eine Musterleistung der Ignoranz, wenn wir sehen, wie viele Menschen, die wir einmal früher als politisch aktiv und lebendig und tüchtig gekannt haben, heute die neuen Situationen nicht verstehen und erkennen wollen. Besonders die Führer der wiedererstehenden bürgerlichen Parteien leben noch ganz in der Vorstellungswelt vor 1932. Sie haben noch gar keine Ahnung, daß die Welt zusammengestürzt ist und eine neue sich aus ihr herausarbeitet. Sie merken noch nicht, daß ihre Ambitionen auf Herrschaft und Führung gegenstandslos und im Effekt für das deutsche Volk auch ganz uninteressant sind. Die Art der politischen Praxis von damals hat sich im Eiskeller der Diktaturperiode leider nur zu gut erhalten. Es wäre besser gewesen, die vergilbten Manuskripte dieser Menschen wären verbrannt und nicht die wertvolle sozialistische Literatur.

Das wird besonders dann sichtbar, wenn man die CDU betrachtet, wie sie glaubt, die taktische und geistige Position des Zentrums der damaligen Zeit auszunutzen zu können; sie ist erstaunt und erschreckt, wenn man ihr klar macht, daß sie nicht mehr in der Lage ist, andere Parteien aus ihrer besonderen Stellung in der Mitte zu dirigieren oder gar zu erpressen. Wir haben ein kennzeichnendes

Beispiel kürzlich in der Provinz Hannover erlebt: Da ist tatsächlich der Versuch gemacht worden, nicht nur die CDU reichlich übersetzt in eine neu zu bildende Provinzial- oder Landesregierung aufzunehmen, sondern auch die andere Tatsache, daß die CDU sozialdemokratische Beamte zugunsten ihrer Leute aus dem Sattel werfen wollte.

Ich glaube, es haben in Deutschland noch sehr viel Leute zu lernen, was Demokratie in ihrem eigentlichen Wesen und in ihrer Praxis ist. Ich möchte vor dem auch in der internationalen Presse überschätzten Moment der geistigen Manövrierfähigkeit der Kommunistischen Partei warnen. Ich glaube, im Augenblick wird niemand in der Welt so sehr überschätzt wie die Kommunisten. Die Kommunisten haben nur eine Stärke, das ist ihre Disziplin. Aber Disziplin haben ja die preußischen Unteroffiziere auch schon gehabt. Aber für die neue Erkenntnis der Verhältnisse liefern sie eigentlich nichts mehr als ein Übermaß von schmückenden Vokabeln für das Wort Demokratie. Aber es ist eine Demokratie, die sie falsch aussprechen und mit falscher Orthographie schreiben. Man muß in der Politik den Leuten nicht nur auf das Maul, man muß ihnen auf die Hände schauen. Nicht, was in den öffentlichen Kundgebungen an Demokratie propagiert wird, ist entscheidend für den demokratischen Charakter einer Partei, sondern das, wie diese Partei auch wirklich praktiziert.

Die Revolution von 1918 hatte das Ergebnis einer bürgerlichen Revolution und war doch Produkt der proletarischen Bewegung, soweit sie nicht auf den Voraussetzungen des Sieges der Ententewaffen beruhte. Die von 1945 dagegen ist in ihrer Tatsächlichkeit ein reines Ergebnis des militärischen Zusammenbruchs, nicht nur deswegen etwa, weil man bei uns willig gewesen wäre oder weil man bei uns Kämpfe und Opfer unterlassen hatte, sondern einfach deswegen, weil die Staatsmacht, die Deutschland beherrschte, ein unvorstellbares Netz von Gewalt und Perfidie über das Land ausgedehnt hat.

Der Umsturz von 1945 - der Zusammenbruch jeder Diktatur

Wie man das macht, das müssen wir Ihnen illustrieren, indem wir darauf hinweisen, daß heute Sozialdemokraten in der östlichen Zone Mitglieder der SED werden müssen. Da haben sie den Anschauungsunterricht, und da können sie dann ihre Kritik, die sie vorher an uns geübt haben, auch einmal an anderen üben. Das moralische Recht, das zu verlangen, hätten wir schon. Trotzdem ist politisch gesehen dieser Umsturz von 1945 der Zusammenbruch jeder Diktatur-idee in Deutschland, und ökonomisch gesehen ist es der Zusammenbruch der Beauftragter der Diktatur des kapitalistischen Systems im eigentlichen Sinne des Wortes. Dabei behält sich die Sozialdemokratische Partei in Deutschland vor, alle anderen Parteien unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und den Wert ihrer Zusammenarbeit festzustellen. Die Frage der Zusammenarbeit ist ja in diesem ersten Jahr keine Frage des freien Willens der Zusammenarbeitenden gewesen. Vielleicht wurde schon in mancher Koalitionsdebatte in der Epoche zwischen 1918 und 1933 die außenpolitische Zwangsläufigkeit für das Zusammenkommen an sich widernatürlicher Koalitionen übersehen. Wenn heute alle Parteien, die irgendwo von einer Militärregierung zugelassen werden, zusammenarbeiten, dann ist es nicht so sehr der Wunsch und der Wille aller dieser beteiligten Parteien, sondern ist im letzten die Tatsache, daß die effektive Souveränität und Machtausübung eben bei den Militärregierungen liegt, daß sie diese Zusammenarbeit anordnen. Ich habe kürzlich in der ausländischen Presse

eine weinerliche Stimme gelesen, daß Kommunisten mit anderen Parteien zusammenarbeiten, die anderen aber nicht mit den Kommunisten. Ich möchte feststellen, daß die Kommunisten nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Hannover und anderswo auch entsprechend ihrer mutmaßlichen Stärke an den Regierungen der Länder und Provinzen beteiligt sind. Wir haben ihnen keine Schwierigkeiten gemacht. Ich möchte sagen, wir haben ihnen erst manche Tür aufgeklückt.

Es ist nun so, daß bei diesen politischen Auseinandersetzungen bereits eine entscheidende Herabdrückung des politischen Niveaus im Kampfe erfolgt ist. Wir, die wir alle hofften, daß einmal eine deutsch demokratische Diskussion auf einer anderen Ebene und mit anderen Mitteln vorgenommen werden würde, wir müssen feststellen, daß ein Niveau, das notwendig wäre, bereits verlassen ist. Wir können nur hoffen, daß es nicht endgültig verlassen ist. Im eigentlichen Sinne ist dies der Fall infolge der Methoden der Unehrllichkeit in der Politik, die auch und gerade von den bürgerlichen Parteien betrieben worden ist, und im anderen ist es die Art der Polemik der jetzt vereinten Kommunisten. Nun, Genossen, wir werden diese Parteien beurteilen nach ihrer Leistung zu den Ideen und der Praxis der Planwirtschaft, des Sozialismus, der Demokratie, der Nation und der internationalen Zusammenarbeit.

Die Parteien müssen Farbe bekennen

Es ist schon so: immer hatten sich die Parteien an diesen Aufträgen zu messen. Wir werden es keiner Partei ersparen, zu den großen sozialen, nationalen und internationalen Fragen der Gegenwart Farbe zu bekennen. Aber wir sagen auch: wir müssen das nicht nur gegenüber den anderen Parteien, wir müssen das auch gegenüber der Militärregierung tun. Die Zustände, die sich allmählich in der deutschen Polizei herausgebildet haben, sind mit einer demokratischen Entwicklung Deutschlands nicht vereinbar. Wir erleben ja eine neue Himmler-Polizei, auch wenn dieses die Besatzungsmächte nicht wollen, sondern den besten Willen haben. Die Besatzungsmächte sollten sich auch nicht von Sachverständigen beraten lassen, die nur an sich selbst und an ihr Wohlergehen denken. Meiner Ansicht nach darf der Berater der Besatzungsmächte immer nur die politische Partei sein. Aber heute betrachte ich die Polizei hier in diesem Lande als die Grundlage für eine Schwarze Reichswehr. Wie war es denn beim Reichsnährstand? Im vorigen Sommer hat man uns gesagt, wir brauchen die Beamten des Reichsnährstandes. Wir brauchen diese Kreisbauernführer, damit der Hunger vermieden wird. Genossen, die Bande sitzt noch da, aber der Hunger ist gekommen. Und schließlich noch ein anderes Wort: Ich erkenne durchaus an, daß Spezialoffiziere für wirtschaftliche Spielbranchen den besten Willen haben mögen. Aber es geht nicht an, daß sie nach ihrem Ermessen ohne politische Kontrolle entscheiden. Die gesamte englische, amerikanische, französische und sonstige Politik, sie muß der Faktor der Entscheidung auch für die Spezialoffiziere sein. Wir können die großen Ideen und die notwendige Praxis bei der deutschen Neugestaltung nicht von dem Wohlwollen und der zufälligen politischen Herkunft eines Offiziers abhängig machen.

Nun gibt es in Deutschland keine einheitliche Auffassung von der Demokratie. Es ist schon etwas Richtiges an der Erkenntnis ausländischer Beobachter, die da meinen, der durchschnittliche kleinbürgerliche Deutsche wird gerade so weit rechts wählen, als die jeweilige Militärregierung es ihm gestattet.

Aber, Genossen, wir müssen den Mut haben festzustellen, daß sich überall ehrliche und saubere demokratische Kräfte auch in anderen Parteien regen, wenn auch diese Kräfte sich erst in sehr geringem Umfang durchgesetzt haben und das Bild der Partei nicht so ist wie bei uns, wo der Berliner Sozialdemokrat derselbe wie der Kölner oder Nürnberger ist, sondern die politische Auffassung beispielsweise in der CDU in allen Zonen, Ländern und Provinzen sehr verschiedenartig ist.

Wenn ihr die Demokratie nach ihrem wirklichen Fundament befragt, dann muß ich mit Schmerzen feststellen, daß heute in Deutschland die Demokratie noch nicht sehr viel stärker ist, als die Sozialdemokratische Partei. Alle anderen haben erst das Kriegspotential und die Überlegenheit der angelsächsischen Waffen gebraucht, um ihr Herz für die Demokratie zu entdecken. Wir haben das nicht nötig gehabt. Wir würden Demokraten sein, auch wenn die Engländer und Amerikaner nicht hier wären. Wenn die Situation bei den Bürgerlichen schon schlimm ist, bei den Kommunisten ist doch die Demokratie eine ganz substanzlose Phrase. Es ist die alte, aus dem Jargon und dem Milieu der Mitte des vorigen Jahrhunderts bedingte Phrase von der Diktatur des Proletariats, der die deutschen Kommunisten auch im Herzen anhängen, die sie von Tag zu Tag mehr von der Ostzone ausstrahlen, auch aktiv und sichtbar.

Die ausdrückliche Berufung auf die Tradition des Leninismus bei der Zwangsvereinigung zeigt doch ganz deutlich, daß die kommunistische Politik in Deutschland eine bewußt antidemokratische Politik ist. Ich erinnere mich noch, im Jahre 1916 als Student das Buch von Lenin über Staat und Demokratie gelesen zu haben. Darin schildert er als das Ziel, das zu erkämpfen sei, die klassenlose Gesellschaft, die den Staat überflüssig mache.

Demokratischer Staat mit sozialistischem Inhalt

Die Demokratie ist der Staat. Und der Staat, der in Europa leben muß, das ist die Demokratie. Jede andere Form lehnen wir ab. Wir können uns nicht in die Spintisiererei einer klassenlosen Gesellschaft, eines erträumbaren Effektes hineinbegeben, von dem wir nicht wissen, wann und in welchem Umfang sich diese Dinge realisieren lassen, sondern wir müssen positiv das angreifen, was nötig ist, und das ist der demokratische Staat mit sozialistischem Inhalt. Was da jetzt an Vokabeln über die Demokratie verzapft wird, ist Geheimjargon, das ist der Jargon von Schülern, die ihre Lektion aufsuchen. Aber wir brauchen keine solche Anschauung. Wir brauchen Anschauungen, die hundertprozentig erlebt und gewollt sind. Eine konkrete gemeinschaftliche Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist möglich, genau so wie sie mit allen anderen Parteien möglich ist, aber die Voraussetzung ist immer die, daß man nicht versucht, uns zu belügen, uns zu unterhöheln oder uns führen zu wollen. Dafür danken wir.

Wenn in vielen Deutschen auch noch so sehr die alte Gewohnheit des Geführtwerdens lebendig ist, die deutschen Sozialdemokraten sind die, die nicht geführt werden, sondern die aus freier Erkenntnis sich einordnen wollen. Für die Besitzbürger freilich ist die Demokratie eine bequeme Gelegenheit, sich sammeln zu dürfen.

Die Sozialdemokratie ist jetzt in Gefahr, als Blutspender für Leute zu dienen, die nur darauf warten, selbst undemokratisch agieren zu dürfen. Sie wollen eine gewisse Toleranz von unserer Seite, hoffen jedoch auf den Tag, an dem sie uns gegenüber intolerant werden können. Letzten Endes lebt in diesen

Leuten die Sehnsucht nach den vergangenen zwölf Jahren, einer Zeit, in der der Klassenkampf nicht aufgehoben war, aber in der er gebunden und zugunsten des großen Besitztums einseitig ausgerichtet war. Es ist die Sehnsucht nach einer Zeit, in der man den Terror gebrauchen mußte, um die Eventualitäten des Bürgerkrieges zu vermeiden, und in der man zum Kriege kommen mußte, weil ein isoliertes faschistisches Deutschland in der Welt nicht möglich war. Jetzt soll das deutsche Volk dieser seelischen und sittlichen Verwüstung mit den Mitteln der Demokratie entgegenretten und muß sich dabei doch schmerzhaft erinnern, daß es vor 13 Jahren zu einem großen Teil mit diesen Mitteln nicht recht zu arbeiten verstand. Es ist völlig desorganisiert, und es hat zu wenig politische Hoffnung und Zutrauen. Ohne Zweifel ist der tatsächliche Vorgang der, daß wir jetzt beim Abgleiten in dem großen Wellental sind, wir sind noch nicht auf dem tiefsten Punkt dieses Wellentales, aber wir haben alle das Gefühl und die Erkenntnis des Abgleitens und des Stürzens. Und Maßnahmen, die wir mit unseren Volkskräften dagegen ergreifen müssen, sind zum großen Teil aus außenpolitischen Machtgegebenheiten nicht möglich.

Wir haben eine Periode der künstlichen Beeinflussungsbildung hinter uns, aber aus dieser Periode müssen wir als Partei und als Land heraus. Wir können nicht mehr in der Defensive bleiben, wir müssen als Sozialdemokratische Partei offensiv werden. Das ist unsere Forderung, und das ist unsere Haltung. Das Wort der revolutionären Entwicklung hat für uns jeden Schreck verloren. Wir wissen ganz genau, daß seit langen Jahrzehnten die Welt und gerade Europa in einer Periode weltrevolutionärer Umgestaltung ist. Aber wir wissen auch, daß diese Periode weltrevolutionärer Umgestaltung in das Bewußtsein der Masse nicht in dem nötigen Umfang eingedrungen ist. Die Zeit verlangt von uns bereits Taten des Neubaus Deutschlands, aber die machtpolitischen Verhältnisse — ich denke dabei an unsere Wirtschaft und an die außenpolitischen Verhältnisse unserer Wirtschaft — sind noch in der Periode der Zerstörung. Die Probleme sind da, ihre Lösung kann nicht länger auf sich warten lassen, aber die Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden.

Was ist sofort zu tun?

Ich denke da nur, um ein Beispiel von vielen herauszunehmen, etwa an die Baustoffindustrie oder an die Beschlagnahme von Baumaterialien. Ich denke daran, daß viele Leute in diesem Winter ein schützendes Dach über ihrem Kopfe hätten haben können, das sie nicht gehabt haben, weil andere Leute versagten. Wir werden erst dann festen Boden unter den Füßen haben, wenn wir genau wissen, woran wir sind, und genau wissen, woran wir sind, werden wir erst dann, wenn die Siegermächte eine gemeinschaftliche Regierung und Verwaltung für ganz Deutschland geschaffen haben und die Zonenregierung überwunden ist. Aber bis dieser Zustand in allen städtischen Organisationen und die internationalen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, können wir doch nicht einfach abwarten und mit Sehnsucht daran denken, was wohl geschehen könnte, sondern wir müssen selbst in die Aktion eintreten.

Wir haben, und jetzt will ich offen sprechen, viele schwierige, fast unlösbar scheinende deutsche Probleme. Aber das schlimmste deutsche Problem, das ist das Siegerproblem. Nicht so sehr die Tatsache, daß wir als Besiegte den Siegern gegenüberstehen, und die Lasten tragen müssen, als vielmehr die Tatsache, daß die Sieger in ihrer Politik keine gemeinsame Generallinie haben.

Ich weiß, diese Probleme werden nicht nur durch eine Einigung der Siegermächte über die Fragen, die auf deutschem Boden allein entstanden sind, gelöst. Ich weiß, daß es Fragen der ganzen Welt sind und daß wir in die Situation kommen können, bis zur Regelung dieser Probleme bloß als Objekte der Regelung zu wirken. Aber wir wollen heute, in diesen Tagen, bereits daran denken, daß wir mit Subjekt sein wollen, soweit es Deutschland angeht.

In der Hauptsache sind wir uns ja einig. Wir wollen unbeirrt festhalten an der Idee der Freiheit und der Völkerverständigung, aber wir wollen auch der Welt sagen, daß wir glauben, daß bei den Maßnahmen, die jetzt gegenüber Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht ergriffen worden sind und ergriffen werden, ein bißchen zuviel von der Gefahr der Wiedererstarkung des deutschen Revanchismus und des deutschen Kriegspotentials gesprochen wird. Jedenfalls wird soviel davon gesprochen, daß ein wirklicher Aufbau Deutschlands dadurch unmöglich gemacht wird. Eine gewisse ökonomische und ökonomisch-industrielle Substanz ist für das deutsche Leben in jedem Falle nötig. Denn nach den Äußerungen der verantwortlichen Staatsmänner in und nach dem Kriege soll das deutsche Volk weder ausgerottet noch versklavt werden. Wir müssen hier über die Minderung des deutschen industriellen Potentials sprechen. Wir Sozialdemokraten sind völlig damit einverstanden, daß das gesamte deutsche Kriegspotential vernichtet wird, aber wir sind nicht damit einverstanden, daß man uns erzählt: Ihr könnt schließlich mit jedem Hammer und Nagel auch Waffen schmieden. Wenn wir mit ganzem Herzen bei der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials sein sollen und sein werden, dann soll man uns den Aufbau des deutschen Friedenspotentials erlauben. Eine noch so große totale Demontage aller Industriezweige erreicht ja das eigentliche Ziel der Sicherheitspolitik nicht. Ein Volk von hungernden und verhungerten Menschen ist kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Fäulnis und der Zersetzung. Man muß uns ein industrielles Friedenspotential lassen, das es uns ermöglicht, nicht nur die Arbeiter zu beschäftigen, sondern auch Exporte in dem Umfange zu tätigen, daß wir unsere Rohstoffe und unsere Lebensmittel selbst bezahlen können. Wir wollen diesen fürchterlichen Zustand gar nicht haben, daß heute die Sieger „Reparationsleistungen“ an uns in Gestalt von Lebensmitteln geben, sondern wir wollen mit unserer eigenen Arbeit und unserer eigenen Kraft diese Dinge leisten.

Man braucht nur daran zu denken, wie ungeheuerlich die Propaganda vor der Vereinigung war: ihr müßt Kommunisten werden, dann werdet ihr eure Industrie behalten. Und dann ist die Vereinigung zwangsweise erfolgt und die Ausschlichtung der deutschen Industrie hat in einem Maße eingesetzt, das alles Vorhergehende übertrifft. Wir im Westen lassen uns nicht dummmachen, die Genossen im Osten hätten sich auch nicht dummmachen lassen, aber sie sind stummgemacht worden.

Wir grüßen die stumme Armee

Wenn ich sage, sie sind stummgemacht worden, dann möchte ich im Namen des Parteitagés noch eins hinzufügen: Wir grüßen diese stumme Armee. Die Hunderttausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die dasselbe wollen, was wir auch wollen.

Wir hoffen auf den Tag des internationalen Ausgleichs, wo innerhalb der deutschen Grenzen, jeder nach seiner freien Erkenntnis und freien Meinung sich seine freie politische Partei wählen kann, und ich möchte in diesem Zusammen-

hang ein Wort — sie brauchten es nicht, aber sie werden es von uns annehmen — der Anerkennung für unsere Berliner Genossen sagen; diese Berliner Genossen haben gezeigt, was es heißt, wenn sich Männer und Frauen um die Freiheit des Geistes und um die Freiheit der Persönlichkeit wehren wollen. Sie haben den Finger auf die eiternde Wunde der Welt gelegt, und die ist folgende:

In Deutschland wollen die Menschen Demokraten sein, und man erlaubt es ihnen nicht, Demokraten zu sein. Diese Wunde mag unter Blut und Tränen noch stark eitern und noch so viel Schmerzen und Opfer verursachen, aber es ist die Wunde für das Recht, und die Welt kann uns nicht das wegnehmen, wofür der Krieg geführt worden ist. Da mag geschehen, was will, dieses Recht muß Wahrheit und Wirklichkeit werden.

Nun sollen wir zwar in einigen Jahren den Lebensstandard von 1932 erreichen, ich muß aber feststellen, daß es der Lebensstandard war, unter dessen Voraussetzung Adolf Hitler zur Macht gekommen ist. Trotzdem ist es für uns heute ein beinahe unvorstellbares Ideal. Ich glaube, daß die Kapazitätsbenutzung bei den wichtigsten Rohstoffen, wie Stahl oder die Industriepäne, Dinge sind, die sehr vorübergehenden Charakter haben. Ich möchte in Sachen der Friedenspolitik keine Linie des bloßen Revisionismus predigen, sondern sagen, daß die eminente Notwendigkeit der Ökonomie und der Politik und des Geistes diese Dinge ändern werden und müssen und daß wir jeden Tag von neuem bereits ein Stückchen weiter an diese Änderung herankommen. Denn alle Arten von Plänen, von Abkommen, von Beschlüssen kommen doch heute auf dem Wege des politischen Kompromisses zustande. Wie soll aber das deutsche Volk wirtschaftlich leben, wenn fremde Machtpolitiker untereinander Kompromisse machen? Danach kann man die deutsche Ökonomie nicht gestalten. Es braucht bloß einer der Faktoren, die diese Kompromisse machen, den Weg einzuschlagen, eine möglichst niedrige Quote zu verlangen. Dadurch wird das Kompromiß sehr viel tiefer gehen als notwendig ist und vernünftig wäre. Dadurch wird der Zustand der Verelendung auch bei uns im Westen erzeugt, und ich stelle ihnen anheim, zu glauben, ob die Leute, die eine Politik der Verelendung treiben, in ihrem eigenen Machtbereich gewillt seien, diese Politik durchzuführen, oder ob sie nicht vielmehr den anderen Ländern zumuten, sie durchzuführen, um sich unpopulär zu machen.

Wir können mit den Mitteln der Taktik und des Hoheitswillens nicht zum Neubau der deutschen Wirtschaft kommen. Es gibt eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Es gibt eine ausreichende Sicherung für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. Aber diese ausreichende Sicherung kann nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle.

Wir brauchen konstruktive Aktivität und sozialistisches Planen

Ich brauche nicht an die Gefahren zu erinnern, die darin liegen, daß vor 1933 es ja nicht die bürgerliche Regierungstätigkeit, sondern die Privatleute und die privaten Konzerne es gewesen sind, die die Bewegung Hitlers erst ermöglicht haben. Wir brauchen konstruktive Aktivität und sozialistisches Planen und Handeln, aber dazu brauchen wir auch freie Hand. Man muß uns diese lassen. Die Periode der Tatenlosigkeit, der Agonie und der Passivität ist in der wirtschaftlichen Verfassung der Grund des grauenhaften und sozialen Verfalls, der sich neuerdings wieder bemerkbar macht. Ich weiß nicht, ob es gelingt, in

Deutschland zentrale Stellen zu schaffen, und es sieht aus, als ob es nicht gelingen würde. Dann muß aber die Aktivität auch in den Zonen, Ländern und Provinzen ergriffen werden. Von oben nach unten gibt es keine Stelle, die von der Verpflichtung entbunden werden könnte, und wenn unser Parteitag heute einen politischen Sinn hat, dann ist es der, aufzurufen und wachzurütteln, fortzukommen von Worten und hinzukommen zum Handeln und Gestalten. Wir können uns die ganzen Diskussionen, die jetzt gepflogen werden, nicht mehr leisten. Was soll der Unsinn von der Unterscheidung zwischen östlichem Sozialismus und westlichem Kapitalismus. Wir glauben nicht, daß die ökonomische Struktur des Ostens sozialistisch ist. Wir sehen dort einen zentralistischen diktatorischen Staatskapitalismus. Aber wir glauben auch nicht, daß die Verhältnisse im Westen einfach kapitalistisch sind. Dazu sehen wir viel zu viele Bemühungen der Labour Party, der französischen Sozialisten usw.

Sozialökonomische Krisen müssen politisch gelöst werden

Aber ein Land — ich möchte sagen, nicht nur mit den ökonomischen Voraussetzungen, sondern auch mit der geistigen Tradition Deutschlands — darf und kann nicht in Sachen des Sozialismus hinten anstehen. Dieses Land muß vorn sein, und wenn es zertrümmert ist und noch so wenig hat, dieses Deutschland von Marx und Engels, von Lassalle und Bebel hat ein Anrecht darauf, in der sozialistischen Gestaltung der Menschheit in vorderster Linie zu stehen.

Ich weiß, in manchen anderen Ländern sind die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer geistiger Basis entstanden, und doch, die sozialistische internationale Arbeiterbewegung wäre nicht möglich ohne die deutschen Sozialdemokraten.

Wir müssen auch Sozialisten sein. Unser Sozialprodukt reicht nicht aus, um uns den Luxus einer planlosen Unternehmerprofitwirtschaft zu leisten. Wir brauchen unser Sozialprodukt nicht für Kapitaldividenden, Unternehmerprofite und Grundrenten, wir brauchen unser Sozialprodukt für geleistete Arbeit und für Hilfe für die, die nicht mehr arbeiten können. Sozialökonomische Krisen sind politische Krisen, und wenn sie politische Krisen sind, können sie nicht bloß mit ökonomischen Mitteln, sondern müssen auch mit politischen Mitteln gelöst werden. Die Zahl der Proletarier ist gestiegen. Hütet euch, das so naiv zu nehmen im Sinne des Fabrikarbeiters. Die Zahl der Halbproletarisierten oder Affektivproletarisierten, in deren Bewußtsein der Zwang zu einer neuen Geisteshaltung noch nicht gedrungen ist, ist groß. Und das sind die Kreise, die wir gewinnen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen. Die Planung ist die allererste Voraussetzung zur Vermeidung der deutschen Katastrophe, und wir erleben bereits eine Position in den bürgerlichen Parteien gegen diese Planwirtschaft. Die KPD will ich gar nicht erwähnen, denn die KPD ist in der Lage, jeden Tag ein anderes und neues Programm zu produzieren, aber, wir erleben auch in der Wissenschaft das Wiedererstehen neuer privatwirtschaftlicher Ideologien und Lehrmeinungen. Der Kapitalismus der bürgerlichen Menschen ist noch lange nicht tot. Ebenso wichtig, wie die Fragen der Organisation im Betriebe, in der Versorgung, in der Absatzverteilung ist, die planmäßige Reihenfolge in der Bedarfsdeckung.

Der Welt wollen wir zu unserem Teil beweisen, daß es auch einen europäischen Sozialismus gibt und daß in diesem europäischen Sozialismus der deutsche

Sozialismus ein nicht wegzudenkender Bestandteil ist. Und es ist die Aufgabe des Tages: entweder wird es uns gelingen, Deutschland in seiner Ökonomie sozialistisch und in seiner Politik demokratisch zu formen, oder wir werden aufhören, ein deutsches Volk zu sein. Ich weiß, es gibt keinen Sozialismus ohne soziale Reformarbeit, und diese soziale Reformarbeit, diese soziale Hilfe ist notwendig, und es wäre sinnlos, sie zu schmälern oder zu verkleinern. Wir brauchen die soziale Reformarbeit, wir brauchen eine Sozialpolitik. Aber soziale Reformarbeit ist noch nicht revolutionäre Umgestaltung, und sozialpolitische Veränderung ist noch nicht entscheidende gesellschaftliche Veränderung.

Wir brauchen trotz alledem als aktuelle Tagesaufgabe den Neubau der sozialen Versicherungen, und wir brauchen auch eine Hilfe für die Kriegsgeschädigten; trotz aller Währungsschwierigkeiten brauchen wir diese Dinge. Es ist nicht wahr, daß die jungen Menschen Nazis aus eigenem Willen gewesen sind. Es ist wahr, daß diese jungen Menschen die Opfer der Zeit und einer übermenschlichen Verführung geworden sind, und wenn ich heute zusammengeschossene Kriegsgeschädigte sehe, sehe ich in ihnen nicht Nazis, sondern das Opfer der Nazis. Zu einer eminent politischen Frage werden diese Dinge bei der Erledigung des Flüchtlingsproblems. Man hat in Deutschland sehr viel mit dem Wort national gearbeitet, und ich glaube, nirgends ist so ein Überfluß von Geschwätz von nationalen Dingen wie in unserem armen Land. Aber nirgends hat sich ein so großer Teil national so minderwertig gezeigt wie jetzt die Besitzbürger gegenüber den Flüchtlingen. Und alle, die es hören wollen, können es hören: Wir machen die Sache der Flüchtlinge zu unserer eigenen Sache. Jetzt gilt es, die Welt des Scheins und der Fiktion radikal umzugestalten im Sinne der Erhaltung des Lebens und der sozialistischen Form. Es hat keinen Zweck, an diesen Dingen von außen herumzudoktern. Wir sind eine Partei, die bei der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel in der Hand des Großbesitzes doch das kleine und mittlere Eigentum schützen will. Hierzu wird ja nachher noch der Genosse Agartz eingehend Stellung nehmen.

Die latente soziale Revolution

Heute geht es um mehr als um die Technik der Vergesellschaftung. Heute haben wir ein Volk, bei dem etwa 35 Prozent noch alles, was sie einst hatten, besitzen, ja noch mehr dadurch, daß sie einen Wertzuwachs erfahren haben. 25 Prozent haben fast nichts, aber doch die Möglichkeit, die allerschlimmsten Nöte des Lebens durch persönliche und menschliche Vermittlung auszugleichen. Aber 40 Prozent haben gar nichts. Und wenn das so ist, dann soll die Welt denken, Deutschland ist ein Land ohne Mächt, aber was jetzt politisch und sozial auf seinem Boden geschieht, das wird für Europa von entscheidender Bedeutung sein. Wir leben tatsächlich im Zustand der latenten sozialen Revolution. Es ist keine Revolution auf den Barrikaden, aber es ist eine echte Revolution. Es ist Tatsache, daß ein Zustand da ist, der sich nicht mehr ertragen läßt. Er wird jetzt dirigiert durch zwei Momente, durch die Bajonette der Siegermächte und durch die Resignation. Aber beides sind keine Momente, die auf die Dauer solche Zustände erhalten können, nein, es gibt noch ein drittes Moment, und das ist ein Moment der Anerkennung für unser Volk. Ich möchte den Besitzenden und den Siegern sagen: Erhalte dem deutschen Volk diesen letzten Fundus seines moralischen Bewußtseins. Wir brauchen nicht nur die Hilfe der Ernährung, wir brauchen nicht nur die Kalorien des Weizens und des Fetts, wir brauchen auch die politischen und mora-

lischen Kalorien der Zuversicht und der Hoffnung. Wir brauchen einfach auch von der Welt ein Wort, daß sie sich Deutschland nicht anders vorstellen kann, als ein sozialistisch gestaltetes Deutschland. Auch die deutschen Menschen müssen die Hoffnung haben, über einen Zustand hinwegzukommen, wo sie nicht mehr Objekt der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Subjekt sozialistischer Gestaltung sind. Wenn wir diese Hoffnung haben, dann halten wir alles aus. Aber wenn das nicht kommt, dann lehnen wir die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft ab. Die Verschärfung der Klassegegensätze ist jetzt nicht eingetreten durch Erstarkung der kapitalistischen Faktoren, sie ist eingetreten durch die Verarmung und Verelendung. Kompliziert und unerträglich gesteigert wird die Situation durch den großen Hunger. Wir brauchen uns nichts vorzumachen, mit den Rationen von heute kann nicht gelebt werden. Man kann vielleicht vegetieren, aber man kann nicht produzieren. Und Produktion ist notwendig, und wie notwendig sie ist, zeigt am besten das Beispiel des Ruhrgebiets und des Kohlenreviers. Die effektive und psychologische Auswirkung der Herabsetzung der Rationen zeigt sich deutlich bei der Kohlenförderung. Wenn jetzt Defaitismus und Nihilismus noch in der Bevölkerung Stimmung machen — „siegen, meine Herren, ist ein leichtes Geschäft. Siegen ist militärisch und technisch möglich, aber mit einem Sieg etwas anfangen, mit einem totalen Sieg anfangen, kann nur ein totalitäres Land“ — wird die politische Verwirrung immer größer werden. Zunächst mag es gehen; dann kommt die Krise wieder, und vertagte Krisen sind in ihren Auswirkungen schlimmer als aktuelle Krisen. Für demokratisch regierte Länder ist aber der Sieg eine Bürde, eine ungläubliche Bürde, denn für sie wird nach einem totalen Sieg die Problemstellung noch komplizierter und schwieriger, als sie vor dem Kriege gewesen ist. Wir wissen, daß England und Amerika diese Bürde durch eigene Leistungen und Opfer abzuwälzen sich bemühen. Wir wissen, daß sie viel für uns getan haben und noch für uns tun, und es ist für uns keine Überraschung, wenn wir die Zahlen Dr. Daytons lesen, was an englischen „Reparationsleistungen“ an Deutschland gezahlt wird, ohne Gegenleistung. Und wir wissen auch, daß wir bei der Versorgung mit Lebensmitteln der europäischen Völker am Schluß der Völker-schlange stehen. Daß das so ist, das verdanken wir den verruchten Nazis.

Wir wissen aber auch, daß wir gegen diese Nazis gekämpft haben mit dem Einsatz unserer ganzen Persönlichkeit, bevor irgend jemand anders in der Welt daran gedacht hat.

Aber wenn wir das alles wissen, und wenn wir das mit Hochachtung anerkennen, so hilft uns doch nichts darüber hinweg, daß wir unser Volk nicht verhungern lassen wollen. Das Dritte Reich mag sich noch so grauenhaft an der Welt vergangen haben, wir, die wir in Deutschland sind, fragen immer wieder im Ausland und in England, ob auch alles geschieht, um dieses Verhungern zu vermeiden. Und wenn ich an die Geschichte früherer Hungerkatastrophen, in China oder Indien, denke, dann fällt mir immer die Tatsache ein, daß bei den Farmern und mehr noch bei den großen Getreidehändlern eine Taktik der Zurückhaltung der Weizenvorräte eingetreten ist, in dem Augenblick, wo das Wort Hunger erklungen ist, um die Preise höher zu schrauben. Wir würden gerne jeden Preis zahlen, aber wir können ja bei unserem Status des Exports nicht einmal die niedrigsten Preise zahlen. Diese Spekulation ist sinnlos. Das Getreide wird verfaulen, und die Leute werden verhungern. Dagegen alle moralischen und

ökonomischen Kräfte der Welt aufzurufen, ist die Pflicht unserer Partei. Wir haben auch gegenüber den deutschen Landes- und Provinzialregierungen stärker unterstrichene Forderungen zu stellen. Es geschieht nicht genug in der Frage der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Neueinsetzung von gutwilligen Bauern.

Seien wir uns im klaren, genau wie wir uns im Stadium der latenten Revolution im Industriellen befinden, genau so unmöglich ist die Tatsache, daß es heute in Deutschland noch einen Großgrundbesitz mit eigenem sozialen und kulturellen Lebensziel gibt. Wir müssen die radikale produktionssteigernde, genossenschaftlich zu fördernde und viele Neubauernstellen schaffende Agrarreform jetzt haben. Wir sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der mit uns diese Agrarreform machen will. Aber wir sind auch bereit, gegen jeden vorzugehen, der da nicht Initiative, Energie und Freude an diesem Werk zeigt. Wir würden da auch gegen unsere eigenen Leute vorgehen müssen. Diese Schaffung des Neubesitzes scheint mir sozial die erste Voraussetzung für die Lösung der Frage der Ostflüchtlinge zu sein. Wir wollen dabei aber nicht in eine Sentimentalität verfallen. Der deutsche Großgrundbesitz hat in seinen Verhältnissen auf dem Lande Zustände in sozialer Hinsicht geduldet, die himmelschreiend sind. Der deutsche Großgrundbesitz hat, wie der rüstungsindustrielle Hochkapitalismus, eine Politik des Krieges getrieben, und der deutsche Großgrundbesitz ist letzten Endes die soziale Grundlage des deutschen Militarismus und des Nachwuchses des jungen deutschen Führerkorps gewesen. Und das eine sage ich Ihnen, eine Agrarreform macht man nicht mit der modernen Planwirtschaft, wo man den Bauern kaum noch eine Ziege oder Kuh läßt. Das ist keine Agrarreform, sondern die katastrophale Erschwerung der Ernährungslage für lange Jahre. Nur Sozialismus und Demokratie, das sind die Gebote der Stunde, aber die Kapitalisten und die Bürokraten sind sehr oft noch die Herren der Situation. Und da müssen wir den Besatzungsmächten sagen, mit den Kapitalisten und den reaktionären Bürokraten zusammen wollen wir nicht arbeiten. Es gibt auch wieder Klassen. Wir haben in den Westzonen erhebliche Teile der alten politischen Klassen, und wir haben in der Ostzone ein Bild der Klassen der neuerlichen Profiteure der politischen Situation, genau so wie im Dritten Reich. Wir haben dort das Bild, daß Beamte Kommunisten, und Kommunisten Beamte sind; trotzdem beide dazu nicht tauglich waren. Wir haben das Bild einer Fäulnis und Korruption wie im Dritten Reich. Genossen, wir wollen dabei sagen, den Besatzungsmächten sagen, die Deutschen erscheinen sehr erziehungsbedürftig und sie sind wohl auch sehr erziehungsbedürftig, aber auch die Demokratie und die demokratische Praxis in Deutschland haben eine große Tradition und haben in dieser Tradition trotz der Niederlage von 1933 auch ein echtes Stück Lebenskraft. Diese Lebenskraft zu fördern, ist, auf weite Sicht gesehen, klüger, als an ihr heranzuschneiden. Eine gewachsene Demokratie ist eine stärkere Potenz als eine aufgepflanzte Demokratie. Es gibt in dieser Situation besonders eine Frage, die wir klären wollen. Wir Sozialdemokraten halten diese personelle Aufspaltung der führenden Beamtensfunktionen in ein unbesoldetes politisches und in ein Berufsbeamtentum für falsch. Wer in Deutschland als Beamter von sich sagt, er sei unpolitisch, ist ein Reaktionsär. Ich möchte das sagen, da wir in hohen Stellungen noch zu viel frühere Nazis haben und viel zu viel Leute aus dem deutschnationalen Lager und aus dem Lager der Harzburger Front. Vielleicht werden die Herren von den Besatzungsmächten es nicht verstehen, wie erfolgreich eine antibritische,

eine antiamerikanische und eine antifranzösische Stellung damit in gewissen Schichten der Bevölkerung von gewissen politischen Richtungen erzeugt wird, denn psychologisch liegen die Dinge so, daß die arbeitende Bevölkerung Zustände vorfinden muß, bei denen sie nicht mehr denken kann, als daß alles beim alten geblieben ist. Aber heute denken noch große Teile der arbeitenden Bevölkerung so, und das ist auch der Grund, warum die Nazis sich bereits wieder etwas zu rühren wagen. Wir wissen ja, daß das in den einzelnen Zonen und innerhalb dieser Zonen in einzelnen Ländern verschieden ist. Wir wissen auch, daß die Bildung der fünf Staatssekretariate nicht gerade Dinge der nächsten Zukunft sein werden. Aber wenn einmal vor dem Zustandekommen einer deutschen politischen Regierung — und erst wenn wir eine politische Reichsregierung haben, haben wir Deutschland —, wenn einmal vorher aus politischen Notwendigkeiten Staatssekretariate geschaffen werden, dann möchte ich darüber öffentlich mal ein offenes Wort sagen. Es hat keinen Zweck, wenn die interalliierte Kontrollkommission die obersten Spitzen der leitenden Beamten im Wege des Ausgleichs zwischen den vier Mächten besetzt und dabei die in der Ostzone bereits bestehende Zentralverwaltung als Grundstock bestehen läßt.

Gegen die Nivellierung der Kultur

Staatsverwaltungen, zentrale Staatsverwaltungen, können nur geschaffen werden, wenn sie neu gemacht werden vom untersten Portier bis zum obersten Staatssekretär. Wenn man aber weiter versucht, die Methoden anzuwenden, wie sie jetzt von hintenherum anzuschaukeln versucht werden, dann werden wir den Mund öffnen und werden schreien, daß uns die ganze Welt hört, denn wir wollen nicht, daß die chinesische Mauer zwischen den drei Westzonen und der Ostzone, die sich westlich der Elbe hinzieht, auf eine Linie westlich des Rheins verlegt wird. Denn diese chinesische Mauer wäre nicht ökonomisch und politisch, sondern sie wäre auch kulturell der entscheidende Schlag gegen die europäische Kultur. Vielleicht kann die Welt auf die deutsche Kultur verzichten, ob sie aber auch auf die französische Kultur und auf die Kultur der vielen kleinen, aber sehr entwickelten Völker Westeuropas verzichten kann, möchte ich bezweifeln. Die Welt würde bis zur Unerträglichkeit ärmer werden. Wir wollen keine Nivellierung der Kultur. Für uns ist das nationale Moment nicht das Moment der Selbständigkeit der Kultur, so haben alle großen Sozialisten der Vergangenheit gefühlt, und so bekennen wir es auch heute. Der Zentralismus, der heute vom Osten her gepredigt wird, das ist ja nicht der deutsche Nationalgedanke, auch wenn er sich so ausgibt; er hat bei seinen deutschen Trägern angesichts eines alten Preußentums vielleicht gewisse psychologische Voraussetzungen vorgefunden. Tatsächlich ist der Zentralismus heute nur ein taktisches Manöver.

Vom bankrotten Preußentum mit Hammer und Sichel

Wir bekennen uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit allem Nachdruck zu einem einheitlichen Deutschen Reich. Aber wir denken nicht daran, das bankrotte Preußentum mit Hammer und Sichel wiedererstehen zu lassen, sondern wir haben eine konstruktive Idee, wie aus den heutigen Zuständen heraus Deutschland wieder einmal werden soll. Daß wir diese konstruktive Idee nach 1918 nicht hatten, bzw. nicht durchzuführen verstanden, das ist die Schuld aller deutschen politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei, und

auch heute findet man überall bis tief in die Kreise der Sozialdemokratie noch so eine reaktionäre föderalistische Einstellung. Wir müssen jetzt doch sehen, was kann jetzt Deutschland werden und wie kann Deutschland werden. Deutschland wird werden auf der Grundlage der Länder, das heißt als Tatsache gesprochen, auf einer föderativen Grundlage. Aber diese deutschen Länder sollen keine Politik föderalistischer Tendenz treiben, und das ist der Unterschied. Mit Tatsachen kann man sich abfinden, Tatsachen kann man modeln, aber es kommt auf den Geist an, in dem sie geformt werden; denn vom Föderalismus ist es nur ein kleiner Schritt zum Partikularismus, und ich habe schon manden Anhänger des Partikularismus in Separatismus ersaufen sehen. Nun, Genossen, die deutsche Jugend will doch von diesen Dingen nichts wissen. Die deutsche Jugend will nicht wissen, wer der beste Oldenburger oder Bayer oder Westfale ist, die deutsche Jugend will doch bloß wissen, wer erhält uns unser Land und läßt uns in diesem Land eine Zukunft erblicken.

Die Staatsgewalt kann nur vom deutschen Gesamtvolk ausgehen

Die Sozialdemokraten dürfen nirgends, sei es in Oldenburg, am Rhein oder in Bayern, in Sachen der föderalistischen, der zweckbetonten, der von der Freiheit weggehenden Politik in Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien treten. Föderalismus als Zweckpolitik werden die Bürgerlichen immer besser können, genau so, wie es sinnlos gewesen wäre, wenn wir 1933 mit Herrn Hugenberg oder Herrn Hitler in Sachen des Nationalismus in Konkurrenz getreten wären, oder mit den Kommunisten in Sachen des Radikalismus. Hier in eine Konkurrenz gehen, heißt, in eine Niederlage gehen. Wir müssen die Kraft haben, dort, wo solche Tendenzen sind, auch bei voller Anerkennung der föderativen Grundlage uns mit aller Entschiedenheit gegen eine föderalistische Stimmung zu wenden, das heißt, wir müssen die Kraft haben, gegen den Strom zu schwimmen. Es ist nicht wahr, daß jeder, der gegen den Strom schwimmt, sein Ziel nicht erreicht. Wahr ist, daß nur die zugrunde gehen, die vorzeitig kapitulieren. Wir haben jetzt zum Beispiel verschiedene Erlebnisse dieser Art am Rhein und in Süddeutschland gehabt. Ja, glaubt denn einer von euch, daß die Sozialdemokraten mit der Rheinischen Volkspartei in Sachen des Föderalismus — lies Separatismus — konkurrieren könnten? Glaubt einer von euch, daß er wahlpolitisch in Sachen des Föderalismus mit der CDU in Bayern konkurrieren könnte? Nein, wenn man mit feindlichen, politisch und klassenmäßig feindlichen Strömungen kämpfen will, muß man die Courage haben, auch das Gegenbanner aufzuziehen. Wir brauchen es den Leuten nicht erst beizubringen, sich als Westfalen oder Rheinländer zu fühlen. Lokalpatriotismus dieser Art steckt in den Deutschen überall. Wir brauchen nicht die Feststellung der Tatsache, daß vom Tage ihrer Gründung an die Sozialdemokratische Partei eine Reichspartei gewesen ist, und wir brauchen auch nicht eine Diskussion, ob Staatenbund oder Bundesstaat. Staatenbund wäre eine lockere, überföderalistische völkerrechtliche Angelegenheit, Staatenbund ist nicht Bund, nur Bundesstaat ist Deutschland. Wenn einmal die Länder im nationalstaatlichen Rahmen zusammenkommen, dann können wir nicht diese Länder zu Trägern der Staatsgewalt machen. Die Staatsgewalt kann mit Wissen und Willen der Sozialdemokratie immer nur vom deutschen Gesamtvolk ausgehen. Ein neues Deutschland will sich aber in der Eigenstaatlichkeit nicht erschöpfen. Es will über seine Grenzen hinaus, aber nicht etwa über seine Grenzen hinaus wie Hitler oder der Pan germanismus, sondern es will über seine

Grenzen hinaus in freiwilliger Einordnung unter ein höheres Ganzes. Ein neues Deutschland würde seine höchste Aufgabe darin sehen, Bestandteil zu sein der Vereinigten Staaten von Europa. Dabei sollen sich doch die führenden Geister im Ausland die eine Erkenntnis immer vor Augen halten, es gibt im Innern des Landes keine Freiheit der Demokratie, wenn nicht die ganze Nation frei ist. Und diese freie Nation will gern alles das aufgeben, was zu einem sichern Zusammenleben notwendig ist. Wir wollen eine bewußt internationale Politik, und zwar deswegen, weil wir als Voraussetzung dazu, als erste Partei in Deutschland, den Mut zu einer echten nationalen Selbstbehauptung gehabt haben. Es sollen, und das sage ich zu den aktuellen Problemen, nicht Teile von Deutschland internationalisiert werden, ganz Europa soll internationalisiert werden. Und das ist eine Frage, die jetzt an den deutschen Grenzen entbrennen wird, die bei der Diskussion über Rhein und Ruhr alles überschattet. Hier wird eine Schicksalsfrage entschieden, und ich möchte die Vertreter der Militärregierung bitten, es nicht als eine drohende Geste, sondern als eine tiefste Wahrheit des deutschen Volkes anzusehen, wenn ich sage: würden Rhein und Ruhr aus dem nationalen Verbände Deutschlands herausgenommen werden, dann hätte eine deutsche Politik und eine sozialdemokratische Politik überhaupt keinen Zweck mehr. Denn dann würde in dem deutschen Volk die Stimmung aufkommen, und wir würden der Stimmung nicht widerstehen. Dann soll man uns verwalten, wie man irgendein Kolonialvolk verwalte.

Deutschland ohne Rhein und Ruhr ist eine dauernde Gefahr für Europa

Wir können die tragische Schuld des Aldeutschtums, der Schwerindustrie, des Imperialismus und des Dritten-Reiches doch nicht mit unserer Selbstvernichtung und mit der Zustimmung zu unserer Selbstvernichtung bezahlen. Man kann das Unrecht von heute niemals mit dem Unrecht von gestern begründen.

Was wäre ein solches Deutschland, dem Rhein und Ruhr verlustig gegangen wären? Das wäre eine dauerhafte Gefahr für Europa. Das wäre nicht die Sicherheit, sondern das wäre die Anti-Sicherheit. Das wäre die Gefährdung nicht deswegen, weil sich deutsche bewußt revanchistische Aktionen entwickeln würden, sondern deswegen, weil die Deutschen ein Spielball jeder Macht wären, die an ihre revanchistischen Empfindungen appellieren würde. Acht Millionen Deutsche leben allein im Ruhrgebiet. Die politischen Konsequenzen einer solchen Balkanisierung sind also gar nicht auszudenken. Wir sind uns völlig darüber klar, daß die ökonomische Kraft des Ruhrgebietes auf einer ganz anderen Ebene zu diskutieren ist, wie die Frage der politischen Zugehörigkeit zum Rhein. Das Ruhrgebiet ist nun einmal das stärkste industrielle Kraftzentrum Europas. Und mit und durch das Ruhrgebiet hat ja auch in früheren besseren Zeiten Europa allein leben können.

Wir Sozialdemokraten erkennen ausdrücklich an, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebietes zur Wiedergutmachung der Zerstörung Europas herangezogen werden müssen. Wir also würden eine internationale ökonomische Kontrolle und Verteilung der Produktion für richtig halten. Aber an dieser Kontrolle müßten auch die Deutschen entsprechend ihrer Bedeutung beteiligt sein. Am Ergebnis der industriellen Produktion des Ruhrgebietes müßte auch die deutsche Volkswirtschaft teilhaben. Denn ohne diese ist sie gar nicht möglich. So wie Europa

das Ruhrgebiet braucht, so braucht Deutschland als ein Teil Europas die Mitbeteiligung an diesem Ruhrgebiet.

Kein Austausch deutscher Kapitalisten durch ausländische Kapitalisten

Und wir müssen eins sagen: genau so, wie wir uns die ökonomische Zukunftsgestaltung nur sozialistisch vorstellen können, genau so wünschen und wollen wir nicht irgendeine Form der Beteiligung des Kapitals an der Kontrolle oder an der Ausbeutung des Ruhrgebietes. Wir wollen nicht die deutschen Kapitalisten gegen ausländische Kapitalisten austauschen, sondern wir wollen die internationalen Regierungen und die internationalen Arbeiterbewegungen daran beteiligt sehen.

Gerade Rhein und Ruhr sind jetzt der Gegenstand einer besonderen nationalistischen Propaganda, einer Propaganda, die nicht ohne Komik ist, weil sie von Leuten mit steifem Genick betrieben wird; die glauben, immer nur nach Westen schauen zu müssen. Es ist komisch und dumm, wenn man den trüben Mut hat, unter heutigen Verhältnissen den Wunsch auf nationale Behauptung zur nationalistischen Agitation ausarten zu lassen. Dann soll man in der Kopfhaltung etwas beweglicher sein und nach allen Seiten ausschauen. Vor der Periode der politischen Notzeit, vor dieser Periode, Genossen und Genossinnen, da ist auf einmal ein Gerichtlein aufgetaucht, als ob die deutsche Ostgrenze von der Neisse nach der Oder zurückgelegt würde. Aber als dann die Vereinbarung zustande gekommen war, da wurde das Gericht dementiert. Und dementiert wurde es natürlich durch einen früheren Sozialdemokraten, denn diese Art von schmutziger Hausknechtsarbeit wird in der neuen Partei natürlich den Leuten zugeschoben, die sich von vornherein charakterlich dafür qualifiziert haben.

Der Neopationalismus: ein taktisches Manöver

Dieser ganze neue Nationalismus ist nur ein taktisches Manöver. Und es ist im Grunde nicht einmal ein taktisches Manöver der Deutschenhasser. Es gibt in Deutschland aus sozialer Zwangsläufigkeit noch einen aktiven Nationalsozialismus. Der Klassenkampf der Offiziere, der Klassenkampf der Profiteure des alten Systems, der kann noch nicht tot sein, aber er ist heute massenpolitisch gesehen nicht die eigentliche Gefahr. Er kann Untergrundorganisationen schaffen, aber keine politischen, echten, dramatischen und dynamischen Aktionen. Das Schlimmste, das sind die Nationalisten, die in neuen Parteien einen Unterschlupf gefunden haben, und diejenigen, die in einer neuen Partei Nationalisten geworden sind: Dem Nationalismus, Genossen, dem wird die Sozialdemokratie in keiner taktischen Situation und aus keiner wahlpolitischen Opportunität irgendwo und irgendwann Unterschlupf gewähren. Wir wissen, Genossen und Genossinnen, eine deutsche Politik kann es bloß mit der Nation und mit der Internationale gegen den Nationalismus geben.

Die SPD ist eine nationale und eine internationale Partei

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie seit Jahrzehnten die selbstverständliche Tradition gehabt hat, sowohl eine nationale wie eine internationale Partei zu sein. Aber sie ist national und international aus denselben Gründen der Ökonomie, der Politik und der Moral. Der neue Nationalismus, wie er heute aus dem Osten zu uns herüberdrängt, der findet seinen stärksten Ausdruck bei den Vereinigten Kommunisten, die sich jetzt Sozialistische Einheits-

partei Deutschlands, SED, nennen. Nun, Genossen, ich brauche Ihnen ja die Entstehungsgeschichte dieser Partei nicht zu schildern. Sie werden es mir ersparen, gegen Überläufer zu polemisieren. Ich will aber ein Wort des menschlichen Verständnisses für die Hunderttausende draußen in der Zone sagen. Dieser neue Nationalismus mit seinen plötzlich auftretenden zentralistischen Tendenzen ist in den drei westlichen Zonen noch nicht lebendig. Er kann lebendig werden, wenn wir versagen und wenn die Welt kein Verständnis für uns hat. Dieser neue Nationalismus hat ja seine soziale Voraussetzung in dem Abgleiten in Hunger und in die Verelendung. Aber dieser neue Nationalismus ist die Methode, mit der Deutschland schon einmal, eigentlich zweimal, in der Welt isoliert und zu einem Fluch geworden ist.

Die KPD hat stets jede politische Situation verkannt

Betrachten wir einmal unsere geschichtliche Aufgabe. Das wäre die Gewinnung des deutschen Mittelstandes. Das wäre die Aufgabe, das gesellschaftliche Sein, wie es sich aus diesem Kriege entwickelt hat, auch in politisches Bewußtsein umzuwandeln. Das wäre unsere geschichtliche Aufgabe. Und an dieser geschichtlichen Aufgabe will uns jetzt der neue Nationalismus der SED hindern. Und wenn wir aus keinem anderen Grund gegen diese Vereinheitlichung wären: allein die Tatsache, daß diese Vereinigung unter nationalisticischem Banner erfolgt, genügt uns schon, nein zu sagen. Es zeugt von politischer Amoral, mit dem Gedanken des Sozialismus und des Nationalismus in dieser Weise zu spielen. Und es scheint mir das gefährliche Vorbild des Nazismus zu sein, das zu dieser politischen Taktik geführt hat, zu dieser Komponente aus sozialistischer Phraseologie und aufgestacheltem Nationalismus. Ob sie es dann Nationalsozialismus oder Nationalkommunismus nennen, ist im Effekt dasselbe. Ich sage Ihnen, national und nationalistisch sind im Grunde unüberbrückbare Gegensätze. Wer ein guter Deutscher sein will, darf kein Nationalist sein. Daß die führenden deutschen Kommunisten drüben und die hinter ihnen stehenden Kräfte das nicht erkannt haben, wundert mich nicht. Seit mehr als 28 Jahren haben die Kommunisten jede Situation in Deutschland verkannt und sind jenem psychologischen Faktor der deutschen Tradition, alles falsch zu machen, auch diesmal treugeblieben. Und ich muß schon sagen: Gelehrt ist gelernt. Die Methoden, mit denen jetzt die sogenannte Einheit erzwungen worden ist, mit Drohung und Gewalttätigkeit, diese Methoden sind mir zu wenig deutsch. Ob das in Turkestan üblich ist, weiß ich nicht, bei uns jedenfalls finden diese Methoden Abscheu und Abwehr. Ich will gern zugeben, daß die Theatralik eine gewisse Faszination auf Urteilslose ausüben kann. Und ich glaube, daß diese Urteilslosen nicht nur in Deutschland vorhanden gewesen sind.

Ich habe an dem Tag des vereinigten Parteitages in Berlin den Brief von 27 Labour-Abgeordneten gesehen, die in dieser Vereinigung einen Fortschritt für den internationalen Sozialismus und für die Demokratie gesehen haben. Nun, Genossen, ich will Ihnen gestehen, zuerst hat mich das sehr ergrimmt und böse gemacht. Dann habe ich mir aber gesagt: Gott, es hat ja politisch nicht viel zu bedeuten, denn diese 27 Abgeordneten sind nur 7 Prozent der Parlaments-Fraktion, und je länger ich mir das überlege, desto mehr komme ich zu dem Schluß, von den 27, hat bestimmt die Mehrzahl nicht gewußt, was sie überhaupt getan und was sie unterschrieben hat. Und ganz zum Schluß habe ich für

mich selbst noch die Beruhigung gefunden: nach diesen furchtbaren 13 Jahren gibt es scheinbar nicht nur in Deutschland Leute, die etwas gelitten haben, sondern auch anderswo.

Gegen den Führungsanspruch des sogenannten Berliner Zentrallausschusses

Ich erinnere Sie daran, daß wir im Oktober zum Führungsanspruch des sogenannten Berliner Zentrallausschusses eindeutig sowohl hier wie nachher auch in der amerikanischen und französischen Zone nein gesagt haben. Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß dieses Nein eine der wichtigsten politischen Taten in Deutschland gewesen ist. Wenn wir diese Entscheidung damals nicht getroffen hätten, dann würden wir hier in der Atmosphäre der SED diskutieren, dann müßten wir gewissermaßen wie unsere tapferen Berliner Kameraden neu anfangen. Aber wir brauchen nicht neu anzufangen. Wir werden in allen diesen Fragen mit den Berlinern zusammen nicht in der Defensive bleiben!

Was mit reaktionären Mitteln erzwungen ist, hat auch reaktionäre Konsequenzen

Die Inflationszahlen der Mitgliedschaft, die uns jetzt aus dem Osten präsentiert werden, die imponieren uns nicht. Sie haben auch in der Inflation für Milliarden nichts kaufen können. So ist es natürlich auch mit den Mitgliederzahlen einer in ihrer Phantasie unkontrollierten und in ihrem Bestand erzwungenen Partei. Aber ich sage das andere: Was mit so reaktionären Mitteln erzwungen ist, muß auch reaktionäre Konsequenzen zeitigen. Ohne Zweifel wäre ohne diesen Vorgang die Stellung der Sozialdemokratischen Partei im ganzen Deutschen Reich besser. Und ohne Zweifel, Genossen, würden wir, wenn wir diesen Vorgang aus dem Osten in den Westen übertragen würden, als Einheitspartei nur einen Bruchteil der Stimmen bekommen, die sonst die Sozialdemokratische Partei allein bekommt.

Demokratie mit Einheitspartei ist Diktatur

Im Osten liegen ja die Dinge ähnlich. Wenn es im Osten zu freien politischen Wahlen käme, dann würden die CDU und selbst die kümmerlichen Sozialdemokraten diese vereinigte Massenpartei zusammenhauen wie nichts. Weil nämlich die Sozialdemokraten, CDU und Liberaldemokraten die meisten Mitglieder haben. Wenn es aber nicht zu freien Wahlen kommt, sondern zu Vereinbarungen oder zu weiteren Transfusionen, dann ist der Zustand da, den wir ja von früher her kennen. Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitsliste ist keine Demokratie, sondern ist das Gegenteil: Diktatur. Doch dieser Diktatorismus scheint mir eine ansteckende Krankheit zu sein. Unsere Berliner Genossen haben ja erfahren, wie sehr diese Leute innerhalb der Partei mit diktatorischen Mitteln gegen sie vorgegangen sind. Sie haben so oft Versicherungen gegeben, die Sozialdemokratische Partei zu erhalten. In Hannover hat mir der jetzige, nicht aus der Kommunistischen Partei kommende Vorsitzende der SED erklärt: Ehe ich es zulasse, daß die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone kommunistisch wird, lasse ich sie auf. Ende Januar hat er dasselbe gegenüber fremden Offizieren und gegenüber anderen Parteiführern erklärt. Ich habe diese Erklärungen nie ernst genommen. Die Zwangsläufigkeiten schienen mir viel zu stark zu sein,

und mir schien es zu offensichtlich zu sein, daß in der temporären Situation des vorigen Sommers eine Reihe von Menschen von verschiedener Kraft, Geistigkeit und Begabung zusammengelaufen sind und ohne demokratische Legitimation in der Ostzone die einzige Partei der Demokraten verschleudert und verhökert haben. Die Diktatur des Proletariats und der aktuelle und der aktive Leninismus, der in ihr lebt, sind ja bloß Phrasen. Es gibt keine Diktatur des Proletariats. Es gibt nur eine Diktatur über das Proletariat. Ich will mich hier nicht in historische und geistigeschichtliche Auseinandersetzungen einlassen, nur muß ich sagen, daß die Leute, die da übergelaufen sind, ganz genau gewußt haben, daß sie jetzt Hunderttausende von Sozialdemokraten an den diktatorischen Leninismus verkaufen wollen.

Die traurige Rolle der Gewerkschaften in der Ostzone

In diesem Zusammenhang ein Wort über die traurige Rolle der Gewerkschaften in der Ostzone. Es ist eine schöne Sache, daß in einer Einheitsgewerkschaft alle Richtungen zusammenlaufen, und ich respektiere den Willen zur parteipolitischen Neutralität. Aber in Wahrheit waren die Gewerkschaften in der Ostzone das Instrument der Eroberung der Sozialdemokratie durch den Kommunismus. Und ich möchte hier den Gewerkschaften der Westzone das eine sagen: Von Euch erhoffen wir mehr, und von Euch erwarten wir mehr. Wir werden in Eurem Reihen gute Gewerkschaftler sein. Wir werden Euch sozialdemokratische Politik nicht aufzuzwingen versuchen, aber wir werden nicht dulden, daß irgend-eine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen versucht.

Wir brauchen starke Gewerkschaften. Wir brauchen mutige Gewerkschaften, mutig nicht nur gegenüber dem deutschen Publikum, sondern auch gegenüber den Besatzungsbehörden. Jawohl, Genossen, das Wort von den Gewerkschaften ist von brennendem Interesse, stärker als bisher, für die Bergarbeiter, für die Bauarbeiter, für die Landarbeiter,

Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einstimmig angenommen auf Parteitag

In der Periode zwischen zwei Weltkriegen haben überall die Kräfte des Finanzkapitals und der Reaktion versucht, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie zu entgehen. In Deutschland ist ihnen dies auf Grund der ökonomischen, historischen und geistesgeschichtlichen Bedingungen gelungen.

Mit dem „Dritten Reich“ war durch die Zerschlagung der politischen Kraft der arbeitenden Klasse die Demokratie außer Kurs gesetzt und durch das Fehlen demokratischer Willensbildung und Kontrolle die entscheidende Voraussetzung für die europäische Katastrophe gegeben. Das Versagen des deutschen Bürgertums und jenes Teils der Arbeiterbewegung, der den klassenpolitischen Wert der Demokratie nicht erkannt hatte, bildet den historischen Schuldanteil des deutschen Volkes.

Mit denselben Methoden, mit denen das „Dritte Reich“ die Austragung der Klassengegensätze im Innern gewaltsam unterdrückt hatte, förderte es den Gegensatz der Nationen untereinander. Die unvermeidliche Folge der Diktatur war der Krieg und damit der totale militärische und politische Zusammenbruch und die Zerstörung der bisherigen Grundlagen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Sie sind damit unbrauchbar für den Aufbau eines neuen Deutschland geworden. Ökonomisch ist die ungeheure Konzentrierung der einst kolossalen Produktionskräfte in Auflösung und Atomisierung umgeschlagen. Zustände sind heraufgezogen, unter denen keine Klasse, kein Volk und keine irgendwie geartete Wirtschaftsform existieren können.

Das deutsche Volk ist in der Welt isoliert und hat die Folgen des nationalsozialistischen Eroberungskrieges und der im Krieg verübten Verbrechen an den unterdrückten Völkern zu tragen.

Die Sozialdemokratische Partei sieht demgegenüber ihre Aufgabe darin, alle demokratischen Kräfte Deutschlands im Zeichen des Sozialismus zu sammeln. Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden. Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebchsmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden.

I.

Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden.

Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln, Kapitalien und Rohstoffen und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei

dem die große Mehrheit alles verloren hat, eine Minderheit aber reich geworden ist, muß zugunsten einer Gesellschaftsordnung mit gerechter Lastenverteilung überwunden werden.

Die von der Sozialdemokratie erstrebte sozialistische Wirtschaft beruht auf einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Waren und der Produktionsmittel ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgt auf die verschiedenste Weise und in den verschiedensten Formen. Es gibt für den Sozialismus keine Einformigkeit und keine Unfreiheit, keine Kollektivierung und Vermassung, keinen kommandierten Kaserne-Sozialismus, keine Uniformität. Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfaltigsten Betriebsarten und Formen der Produktion. Der Sozialismus will so viel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich, unter stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher.

II.

Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.

Die Förderung des Genossenschaftsgedankens, die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben in Handwerk, Handel und Landwirtschaft, stärkster Unterstützung der Verbrauchergenossenschaften sind nötig.

Der gesamte Verkehr, die neu zu gestaltende Geld- und Kreditversorgung und das Versicherungswesen sind Gegenstand sozialistischer Planung.

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. Die Neuübergangung des Großgrundbesitzes, seine Bewirtschaftung in bäuerlichem, gärtnerischem und siedlerischem Einzelbesitz oder teilweise in genossenschaftlichem bäuerlichem Gemeinbesitz ohne eine die Wirtschaftlichkeit gefährdende Zerstückelung sind notwendig. Das ist die Voraussetzung der sozialen Gerechtigkeit auf dem Lande, der endgültigen Unterbringung von mehr Menschen; einer ersten Lösung der Flüchtlingsnot, der Förderung der Erzeugung und der Verbreiterung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes.

Der Klein- und Mittelbetrieb in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel hat in der von der Sozialdemokratie angestrebten Wirtschaftsordnung wichtige Aufgaben zu erfüllen und soll sich innerhalb dieser Grenzen entfalten.

Die deutsche Wohnungswirtschaft bedarf strafloser öffentlicher Lenkung. Sie ist mit den Mitteln der Gesamtheit und nicht nur von den von der Zerstörung betroffenen Gemeinden zu betreiben. Die Wohnraumbeschaffung gehört zu den vordringlichsten Aufgaben. In der Periode der Wohnungsnot ist der Gedanke

der genügenden Unterbringung aller und nicht die Erhaltung der Bequemlichkeit einzelner entscheidend.

Der Lastenausgleich fordert eine grundlegende, alles umfassende Finanz- und Währungsreform, vor allem die Vervollkommnung der direkten Steuern gegenüber den höheren Einkommen und Vermögen. Niemand darf aus dem Dritten Reich vermögenter hervorgehen als er hineingegangen ist. Umgekehrt müssen ein soziales Existenzminimum gesichert und der Massenverbrauch gesichert werden. Der Lastenausgleich zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden ist so vorzunehmen, daß ein soziales Niveau ohne Privilegierte und ohne Benachteiligte entsteht.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit. Darum ist für sie der Sozialismus das Programm der Arbeiter und Angestellten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit und nicht durch das Mittel der kapitalistischen Ausbeutung leben. Erst die Überwindung jeder Form der Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

III.

Die deutsche Sozialdemokratie sieht ihre politische Aufgabe darin, die unstrittigen Veränderungen des gesellschaftlichen Seins, die unvermeidlich und notwendig sind, in das politische Bewußtsein der Massen zu übertragen und die Mehrheit des Volkes für die Vorstellungen und Begriffe des Sozialismus zu gewinnen.

Der Weg zu diesem Ziel kann nur eine starke und kampfbereite Demokratie sein. Es gibt nur eine Demokratie. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie, ebensowenig es für die heutige Sozialdemokratie einen reformistischen oder revolutionären Sozialismus gibt. Jeder Sozialismus ist revolutionär, wenn er vorwärtsdrängend und neugestaltend ist.

Die Demokratie ist für alle Schaffenden die beste Form ihres politischen Kampfes. Sie ist für uns als Sozialisten ebenso eine sittliche wie eine machtpolitische Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie will die freiwillige Gefolgschaft aus eigener Erkenntnis und mit dem Recht der Kritik ihrer Anhänger.

Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit des Erkennens und die Freiheit der Kritik. Es gibt aber auch keinen Sozialismus ohne Menschlichkeit und ohne Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit.

Wie der Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist, so ist umgekehrt eine wirkliche Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr. Auf Grund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenarten der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muß sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören.

Der Charakter der deutschen Sozialdemokratie besteht in ihrem kompromißlosen Willen zu Freiheit und Sozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie die einzige Partei in Deutschland war, die unter den größten Opfern für die Ideen der Demokratie, des Friedens und der Freiheit eingetreten

ist. Sie ist auch heute die Partei der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland.

Die deutsche Sozialdemokratie erhebt keinen Monopolspruch auf die Macht. Sie lehnt jeden Rückfall in totalitäres Denken und Handeln entschlossen ab. Im Geiste dieser Grundeinstellung wird sie eine Politik der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit gegenüber allen Kräften des In- und Auslandes treiben und ihr Verhältnis zu anderen politischen Parteien regeln.

Die Sozialdemokratie begnügt sich nicht mit der historischen Legitimation, die in der großen Geschichte ihres Freiheitskampfes gegeben ist. Sie will ihren Anspruch als führende politische Kraft in der deutschen Politik durch ihre positiven Leistungen für Staat und Volk und durch die Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Sachlichkeit ihrer Politik immer von neuem rechtfertigen.

IV.

Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine Republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Die deutsche Republik der Zukunft soll sich aufbauen auf Länder, die nicht in ihrer eigenen Existenz ihren höchsten Zweck sehen, sondern die sich nur als Bausteine einer höheren nationalen Ordnung betrachten. Der Träger der Staatsgewalt soll das ganze deutsche Volk sein.

Keins der heutigen Länder und keine der heutigen Provinzen dürfen sich in ihrer Existenz und in ihrem Umfang als garantiert ansehen. Es gibt keine ausreichende geschichtliche Legitimation gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart.

Die Verwaltung muß von unten her reformiert werden, und die untersten Träger des kommunalen Zusammenlebens müssen möglichst große Kompetenzen haben. Das Volk, repräsentiert durch seine Parteien, bestimmt die Ziele der Politik in der Verwaltung. Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften sind durch eine einheitliches Dienstrecht und durch Erhaltung ihrer Staatsbürgerrechte zu schützen.

Alle Staatsbürger sollen ohne Ansehen des Glaubens, der Rasse oder des Geschlechts nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden.

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Es darf keine Ausnahmegerichte geben.

Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle. Trennung von Kirche und Staat. Niemand soll verpflichtet sein, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sollen wieder frei sein, um das durch das Dritte Reich zerstörte Kultur- und Geistesleben neu zu gestalten. Ihre Leistungen sollen dem deutschen Volk die Achtung und das Vertrauen der Welt wiedergewinnen.

Das allgemeine Schulwesen ist öffentlich. Die Schulen sollen die Jugend frei von totalitären und dogmatischen Anschauungen erziehen im Geist der Humanität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung und der Völkerverständigung.

Allen Deutschen stehen Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihrer Befähigung offen.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Kritik muß auch in der Freiheit der Presse ihren Ausdruck finden.

Es ist ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen. Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, hat er einen Anspruch darauf, daß für seinen Lebensunterhalt gesorgt wird. Jedem wird die gleiche Möglichkeit für seine Berufswahl und Berufsausbildung gegeben.

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe zu gewährleisten. Zur Vertretung der Interessen der Arbeitenden in den Betrieben sind Betriebsräte mit weitgehenden Rechten zu bilden.

Das Fürsorge- und Gesundheitswesen ist eine öffentliche Angelegenheit. Zur Erhaltung der Gesundheit, zum Schutz der Mutterschaft, zur Vorsorge gegen wirtschaftliche Folgen von Alter und Unfällen soll eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen werden, bei der die Versicherten maßgebend mitzuwirken haben. Den Opfern des Krieges und des Dritten Reiches ist Hilfe zu bringen. Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrt sind öffentliche Aufgaben.

V.

Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht zur Wiedergutmachung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes. Sie ist für die Bestrafung der Schuldigen und der Kriegsverbrecher.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eingliederung des neuen Deutschlands in die neue internationale Organisation der Völker. Deutschland braucht die wirtschaftliche, soziale und politische Hilfe der demokratischen Nationen. Die demokratischen Kräfte, in erster Linie die Sozialdemokratie, dürfen nicht als schuldige Besiegte behandelt werden.

Das neue Deutschland leidet heute nicht nur unter der Erbschaft des Dritten Reiches, sondern auch unter der Tatsache, daß es keine gemeinsame Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland gibt. Die deutsche Sozialdemokratie hofft auf den Tag, an dem eine Klärung der Probleme in Deutschland und der Welt eine einheitliche Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland ermöglichen und die Politik der Besatzungszonen beenden wird.

Die Politik der Wirtschaftsverstümmelung, der Menschenversklavung und der Massenausrottung, die die Politik der nationalsozialistischen Diktatur war, darf im Zeitalter der Demokratie keine Geltung haben. Man kann die Gefahr neuer faschistischer Entwicklung nicht dadurch bannen, daß man die Methoden des Faschismus anwendet.

Wie die Demokratie nicht gesichert ist ohne die ökonomische Befreiung der Menschen, so ist sie ebenso unmöglich ohne die nationale Freiheit des Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie erhebt den Anspruch auf die Erhaltung Deutschlands als eines nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Ganzen. Nur wenn es uns gelingt, Deutschland als eine Einheit zu erhalten, werden vor allem die jungen Menschen die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus nicht als Ergebnis des Zusammenbruches des Dritten Reiches, sondern als selbst-

gewollte höhere Notwendigkeiten begreifen lernen. Nur dann auch wird die Sozialdemokratie den Kampf gegen jeden neuerwachenden Nationalismus mit Erfolg führen können.

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiß, daß die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dürfen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muß internationalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie sieht in dem gemeinsamen Kampf der Sozialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Imperialismus und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus die große geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann.

*

Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages. Die deutsche Sozialdemokratie ruft zur sofortigen sozialistischen Initiative gegenüber allen praktischen Problemen in Staat und Wirtschaft auf allen Stufen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens auf.

Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt. Sie will nichts sein als eine Partei unter anderen Parteien. Sie will sich aber auszeichnen durch die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse, durch die Klarheit ihrer Politik und durch die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen. Sie schöpft das Vertrauen zu einer erfolgreichen Durchführung ihrer Politik daraus, daß heute das Klasseninteresse der deutschen Arbeitenden mit den Notwendigkeiten des ganzen deutschen Volkes und der Einsicht und dem Willen aller fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt zusammenfallen.

Die nachstehenden Entschlüsse wurden gleichfalls auf dem Parteitag angenommen:

An die Internationale Konferenz in London

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Hannover dankt den sozialistischen Parteien des Auslandes für die Beweise der Sympathie und der Freundschaft, die der deutschen Sozialdemokratie aus Anlaß des 1. Mai und des Parteitages zugegangen sind.

Der Parteitag übermittelt der internationalen Konferenz der europäischen Sozialisten in London die Grüße der deutschen Sozialdemokraten.

Der Parteitag hofft, daß die Konferenz eine gemeinsame Politik der europäischen sozialistischen Parteien zur Sicherung des Friedens und für den Wiederaufbau des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens in Europa einleiten möge.

Die deutsche Sozialdemokratie sieht in der Schaffung eines demokratischen, sozialen und friedlichen Deutschlands eine unerläßliche Voraussetzung für den Frieden Europas. Sie ist bestrebt, durch eine sozialistische Politik im Innern und durch eine Politik der Verständigung und der Wiedergutmachung nach außen zu ihrem Teil an dem Aufbau eines neuen Europa beizutragen.

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien. In der gegenwärtigen Situation würde die Wiedereingliederung der deutschen Sozialdemokratie in diese internationale Zusammenarbeit eine wesentliche politische und moralische Stärkung der demokratischen und sozialistischen Kräfte in Deutschland bedeuten.

An die Sozialdemokraten Berlins und der Ostzone

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei verurteilt die durch den Zentralausschuß der SPD in Berlin vollzogene Auslieferung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone an die Kommunistische Partei. Er billigt die Haltung des Büros und der Zonenausschüsse für die Westzonen in dieser Frage.

Der Parteitag betrachtet die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei und die Werbung für die SED als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.

Der Parteitag beglückwünscht die Berliner Sozialdemokratie zu ihrem tapferen Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Organisation und für die Freiheit der demokratischen Entscheidungen ihrer Mitglieder. Die Sozialdemokratische Partei in den Westzonen fühlt sich eins mit den Berliner Sozialdemokraten, und sie wird alles tun, was in ihren Kräften steht, um den persönlichen und sachlichen Kontakt mit der Berliner Sozialdemokratie so eng wie möglich zu gestalten.

Der Parteitag bedauert aufs tiefste die Haltung führender Sozialdemokraten in der Ostzone, die durch ihren Opportunismus den Gleichschaltungsbestrebungen der Kommunisten Vorschub geleistet und die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder in der Ostzone in einen schweren Gewissenskonflikt gebracht haben.

Der Parteitag sendet allen Sozialdemokraten in der Ostzone, die entgegen ihrer Überzeugung Zwangsmitglieder der SED werden mußten, brüderliche Grüße. Alle diese Sozialdemokraten können die Gewißheit haben, daß die Sozialdemokraten im Westen Deutschlands sich diesen zum Schweigen verurteilten Kämpfern verbunden fühlen und mit ihnen auf den Tag hoffen, an dem alle Sozialdemokraten Deutschlands wieder in einer freien und unabhängigen Sozialdemokratie gemeinsam für den freiheitlichen und demokratischen Sozialismus kämpfen und wirken können.

Für Freilassung der Kriegsgefangenen

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hält eine baldige Lösung des Kriegsgefangenenproblems für dringend erforderlich.

Mit der Einstellung der Feindseligkeiten und mit dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur sind die wesentlichen Gründe für die Fortdauer der Kriegsgefangenschaft fortgefallen.

Die große Zahl der deutschen Kriegsgefangenen erschwert eine schnelle und umfassende Entlassung und Heimbeförderung der Kriegsgefangenen. Es sollte deshalb eine schrittweise Entlassung der Kriegsgefangenen in der Weise durchgeführt werden, daß zuerst die Kriegsgefangenen entlassen werden, die auf eine einwandfreie antinazistische und demokratische Vergangenheit und Tätigkeit verweisen können.

Der Parteitag anerkennt die Notwendigkeit, deutsche Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der durch den Hitlerkrieg zerstörten Gebiete heranzuziehen. Diese Wiederaufbauarbeiten werden aber besser und zweckmäßiger durch freie Arbeiter unter normalen Arbeitsbedingungen durchgeführt, als durch den Einsatz von Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter.

Soweit die Heranziehung von Arbeitskräften im Wege des Zwangseinsatzes von den Kontrollmächten für notwendig gehalten wird, sollten die Kriegsgefangenen, die durch ihre politische Vergangenheit ihre Eignung für den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands bewiesen haben, gegen aktive Nazis ausgetauscht werden.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, im Sinne dieser Anregungen vor allem auch in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten sozialistischen Bruderparteien im Ausland, auf die baldige Lösung des Kriegsgefangenenproblems hinzuwirken.

Entschiebung zur Rhein- und Ruhrfrage

Entscheidungen über das Schicksal von Ruhr und Rhein sind Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands und Europas.

Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Notwendigkeit einer Sicherung gegen eine neue wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands. Eine internationale ökonomische Kontrolle des Ruhrgebiets, die diesem Ziel dienen soll, muß die Mitwirkung der deutschen demokratischen Kräfte an dieser Kontrolle einschließen. Sie kann sich eine solche Kontrolle aber nicht als von kapitalistischen Faktoren

beeinflusst vorstellen und sieht nur in einer sozialistisch aufgebauten europäischen Wirtschaft die Voraussetzung für diese Form von internationaler Zusammenarbeit.

Die deutsche Sozialdemokratie wünscht, dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis des französischen Volkes Rechnung zu tragen. Sie sieht in einer auf gegenseitigem Vertrauen gegründeten Freundschaft zwischen dem französischen Volk und einer neuen deutschen Demokratie eine entscheidende Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Die deutsche Sozialdemokratie ist überzeugt, daß Annexionen oder die wirtschaftliche oder nationale Verstückelung eines Volkes keine geeigneten Mittel der Friedenssicherung sind. Die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes vom deutschen Staatsgebiet muß zu verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen für das deutsche Volk führen und Deutschland zu einem dauernden Unruheherd im Herzen Europas machen.

Der Beitrag zu einer dauernden Friedenssicherung, den das deutsche Volk leisten kann und muß, liegt in einer aufrichtigen, von der Mehrheit des deutschen Volkes getragenen Friedenspolitik. Die deutsche Sozialdemokratie ist entschlossen, eine solche Friedenspolitik im Geiste der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu führen. Sie wird alles daran setzen, eine neue wirtschaftliche Aufrüstung Deutschlands zu verhindern, und sie wird an jeder Regelung mitarbeiten, die die Verbrechen und die Zerstörungen des Hitlerkrieges wieder gutmacht und den Frieden der Völker Europas sichert.

Entschiebung zur Flüchtlingsfrage

Die Lösung des Flüchtlingsproblems ist einer der Ausgangspunkte der gegenwärtigen Politik. Unbeschadet der Tatsache, daß wir die letzten Konsequenzen des Naziverbrechens und des verlorenen Krieges in territorialer und politischer Hinsicht noch nicht kennen, darf die Inangriffnahme von durchgreifenden Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge nicht länger aufgeschoben werden. Geht es nicht, die Millionen Heimat- und Existenzloser wieder in das deutsche Volksleben einzugliedern, muß es notwendigerweise zu Verzweiflungsausbrüchen und Notwehrmaßnahmen kommen, die schließlich zu einem Kampf aller gegen alle führen müssen. In diesem Kampfe würde der letzte Rest deutscher Zukunftshoffnungen untergehen.

Darum ist die Sozialdemokratische Partei entschlossen, die zur positiven Überwindung des Flüchtlingselends notwendigen Maßnahmen durchzusetzen, zumal es oft in Formen auftritt, die mit der Selbstachtung einer Kulturration unvereinbar sind. Sie fordert auch hinsichtlich der Flüchtlingsfrage einen sozial gerechten Lastenausgleich unter dem Gesichtspunkt, daß zwar nicht alle Deutschen schuldig sind an der gegenwärtigen Katastrophe, daß aber das ganze Volk für die Folgen gemeinsam haftbar ist. Alle Deutschen haben den Krieg verloren und müssen sich die Folgen teilen.

Die Sozialdemokratie lehnt alle Maßnahmen ab, die die Verarmten als sozial Deklassierte dem noch Besitzenden zum Ersatz für die Zwangsarbeiter ausliefern würden. Die Flüchtlinge, Evakuierten, Ausgebeuteten und existenzlos gewordenen sind weder Eindringlinge noch Gäste, von denen man Verzicht und Bescheidenheit

erwartet, sie sind vielmehr bei der nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ notwendig gewordenen Neuverteilung der deutschen Existenzgrundlagen allen anderen Schichten des deutschen Volkes gegenüber gleichberechtigt.

Die Sozialdemokratische Partei weiß, daß angesichts des Ausmaßes der Not sehr weitgehende Eingriffe in das nach dem Kriege übriggebliebene Eigentum notwendig sind. Dabei ist selbstverständlich der kleine Besitz außer Betracht zu lassen, der nur dazu dient, die Arbeitskraft des Eigentümers zu verwerten. Sie ist sich klar darüber, daß diese Politik auf den entschlossenen Widerstand aller stoßen wird, die ohne Rücksicht auf die Folgen für Volk und Staat unter allen Umständen ihren Besitzstand erhalten wollen.

Mit der Hergabe von Geld allein kann niemandem geholfen werden, Realleistungen sind erforderlich. Wo die Abgabepflicht des einzelnen von ihm nicht ohne weiteres erfüllt werden kann, müssen sich Abgabepflichtige zu Leistungsgemeinschaften zusammenschließen, insbesondere bei der Abgabe von Land, Wohnraum, Geräten, Maschinen, Handwerkszeug.

Die Sozialdemokratische Partei erwartet von allen deutschen Behörden,

1. daß sie die Bevölkerung über die soziale und nationale Notwendigkeit eines Lastenausgleiches durch Veröffentlichung geeigneter Unterlagen gründlich aufklären;
2. daß sie durch scharfen Zugriff auf Vorräte und Reservebestände und ohne Rücksicht auf private Interessen die Flüchtlinge mit den zur Lebensführung notwendigen Dingen ausstatten;
3. daß die Arbeitskraft der Flüchtlinge in sozial gerechter Weise sofort eingesetzt wird.

Den Flüchtlingen sagt die Sozialdemokratische Partei, daß ihren Ansprüchen an die Gemeinschaft auch Pflichten gegenüberstehen. Ebenso wie niemandem sein gegenwärtiger Besitzstand garantiert ist, kann kein Anspruch auf völlige Wiederherstellung der früheren Verhältnisse erhoben werden. Insbesondere erwartet die Sozialdemokratie von den Flüchtlingen, daß sie aus dem unmittelbaren Erlebnis der katastrophalen Folgen der Nazipolitik die Einsicht in die Notwendigkeit eines völligen Neubaus unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens gewinnen, und daß sie die politische und moralische Kraft entwickeln, die zur Ueberwindung der kaltherzigen und engstirnigen Besitzverteidigungspolitik notwendig ist.

Die Sozialdemokratie als die Partei aller Menschen, die von ihrer eigenen Arbeit leben, will sich insbesondere der Flüchtlinge und aller anderen Opfer der Nazikatastrophe annehmen, die heute der wirtschaftlich schwächste Teil unseres Volkes sind. Sie will ihnen und dem ganzen Volke zeigen, mit welchen Mitteln die lebensbedrohende Not abgewendet werden kann, und wo diese Mittel zu finden sind. Die Sozialdemokratische Partei wird aber auch die Kraft organisieren, um die Hergabe und den richtigen Einsatz der Mittel zu erzwingen, wenn der Appell an die Menschlichkeit und die nationale Verantwortung nicht genügen sollte.